

**Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen**  
Johannes-Paul-II-Straße 1  
Raum 136  
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister  
Marcel Philip

Rathaus  
52058 Aachen



Eingang bei FB 01

20. März 2015

Tel.: +49 (0)241 432 7265  
E-Mail: [fraktion@piratenpartei-aachen.de](mailto:fraktion@piratenpartei-aachen.de)  
Web: [fraktion.piratenpartei-aachen.de](http://fraktion.piratenpartei-aachen.de)

Ratsanfrage

20.03.2015

### Ratsanfrage zur Kindertagespflege

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit den ersten Anfragen von Kindertagespflegepersonen (KTPS) im Rat der Stadt Aachen ist nun mehr als ein Jahr vergangen. Trotz wiederholter Anfragen, die aktuelle Vertretungsregelung in der Kommune den Realitäten anzupassen, wurde noch immer keine rechtliche Neuregelung angegangen. Nach unseren Informationen wurden zwischenzeitlich bereits mindestens 3 Modelle zur Lösung erarbeitet.

Unsere konkreten Fragen zu der Problematik lauten:

1. Welche Modelle sind der Verwaltung bekannt?
2. Wann ist mit einer Vorlage für eine neue Vertretungsregelung zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

Sait Başkaya  
Ratsherr PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen  
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen • Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah  
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Bankverbindung: Stadtparkasse Aachen  
Mail: [fraktion@piratenpartei-aachen.de](mailto:fraktion@piratenpartei-aachen.de) IBAN: DE76 3905 0000 1072 2016 17  
Web: [fraktion.piratenpartei-aachen.de](http://fraktion.piratenpartei-aachen.de) BIC: AACSD33

## FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

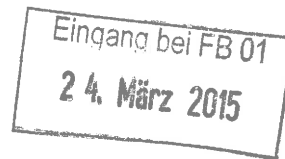
Verwaltungsgebäude Katschhof/Zimmer 132

Johannes-Paul-II.-Straße 1, 52062Aachen

Tel : 0241 432-7224, Fax : 0241 432-7226

Mail: fdp.fraktion@mail.aachen.de

Herrn  
Oberbürgermeister Marcel Philipp  
Rathaus der Stadt Aachen  
Markt  
52058 Aachen



Aachen, 19.März 2015

### Ratsanfrage: Wirtschaftsförderung für Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

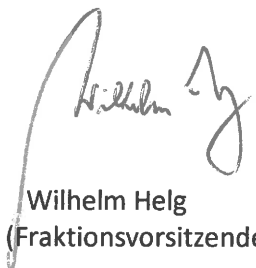
die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Neuansiedlungen und Wegzüge von Gewerbe- und Industriebetrieben gab es in den letzten 24 – 36 Monaten und welche Auswirkungen hatte dies auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer?
2. Welches Konzept verfolgt die Verwaltung zum Erhalt und zur Erweiterung von Industrie- und Gewerbeansiedlungen und welche Flächen stehen zur Ansiedlung von neuen und zum Halten von Bestandsbetrieben zur Verfügung?
3. Was unternimmt die Verwaltung, um Flächen für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben zu entwickeln bzw. welche Restriktionen gibt es hierbei?
4. Wie steht die Verwaltung zur Entwicklung eines Masterplans, um neben der Hochschul-, Tourismus- und Einzelhandelsentwicklung sowie der Entwicklung des Kongresswesens für die Zukunft auch die industrielle und gewerbliche Basis in der Stadt zu sichern?
5. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei den aufgeworfenen Fragen mit der Städteregion, der regionalen Wirtschaftsförderung und dem benachbarten Ausland?

### Begründung:

Angesichts der im Landesvergleich überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote in Höhe von 9,2 % und vor dem Hintergrund stagnierender oder – trotz Erhöhung des Hebesatzes – sogar rückläufiger Einnahmen aus der Gewerbesteuer, sind die Ergebnisse der vorliegenden Fragen für die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Entwicklung des Industrie- und Gewerbebestandes Aachen erforderlich.

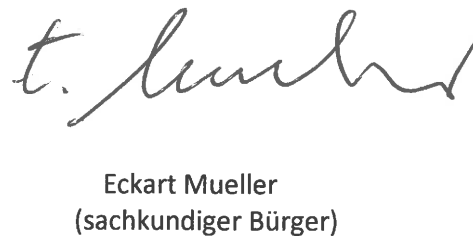
Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg  
(Fraktionsvorsitzender)



Dr. Rainer von Courbière  
(wirtschaftspolitischer Sprecher)



Eckart Mueller  
(sachkundiger Bürger)

Herrn  
Oberbürgermeister Marcel Philipp  
Rathaus/Markt – Fax 432-8008  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

05. März 2015

Aachen, 5. März 2015

**Ratsanfrage: Internationale Förderklassen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. An welchen Sek. I – Schulen in der Stadt Aachen besteht entsprechend den Richtlinien zurzeit ein Überhang an Lehrerstellen?
2. Können an diesen Schulen zusätzlich Internationale Förderklassen eingerichtet werden?
3. Wie viele Schulen führen keine Förderklassen und haben mehr Lehrerstellen als die Richtlinien vorgeben?
4. Ist der Stadtverwaltung bekannt, wie die entsprechenden Schulaufsichten – insbesondere die der Sek. I – Schulen – die Beschulung aller Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erreichen wollen?
5. Kann die Stadtverwaltung Hindernisse benennen, um bedarfsgerecht alle Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu beschulen? Wie können diese Hindernisse abgebaut werden? Dies vor dem Hintergrund, dass fünf städtische Gymnasien (von 8), drei Gesamtschulen (von 4), eine Realschule (von 3) und drei kirchliche Gymnasien (von 3) keine Internationalen Förderklassen eingerichtet haben. Bei ca. 90 von z.Z. unversorgten UmF wäre mit der Einrichtung von etwa acht Klassen das bestehende Problem zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Georg Biesing

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Herrn  
Oberbürgermeister Marcel Philipp  
Rathaus/Markt – Fax 432-8008  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

18. März 2015

Aachen, 18. März 2015

**Ratsanfrage: Gleichstellung bei der Stadt Aachen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie werden Mitarbeiterinnen der Stadt Aachen in ihrer Karriereplanung unterstützt?
2. Welche speziellen Frauenförderprogramme bzw. Fortbildungsprogramme gibt es konkret und wie werden diese angenommen?
3. Wie wird die Nachhaltigkeit bestehender Konzepte überprüft, durch wen und in welchen Zeitabständen?
4. Inwieweit ist das Gleichstellungsbüro in diese Prozesse eingebunden?

**Begründung**

Bei der Stadt Aachen sind in etwa gleich viele Frauen wie Männer beschäftigt. Auf Fachbereichsleiterenebene verschiebt sich das Geschlechterverhältnis jedoch deutlich zu Ungunsten der Frauen und beträgt nur noch 19:3. In den Vorzimmern sitzen hingegen – bis auf eine einzige Ausnahme – ausschließlich Frauen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwangsläufig die oben formulierten Fragen.

Mit freundlichen Grüßen



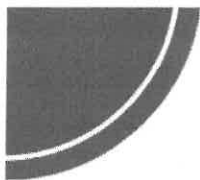
Leo Deumens



Ellen Begolli



Lasse Klopstein



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS · AACHEN**  
**DIE FRAKTION IM RAT DER STADT**



Ratsherr Norbert Plum

An den  
Oberbürgermeister der  
Stadt Aachen  
- Rathaus -  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01  
3 0. März 2015

FRAKTIONSVORSITZENDER  
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:  
Evelyn Keiling  
Fraktionsmitarbeiterin  
Telefon: 0241 · 432 72 15  
E-Mail:  
evelyn.keiling@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:  
Montag bis Donnerstag:  
08:30 bis 17:00 Uhr  
Freitag: 08:30 bis 14:00 Uhr

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Str. 1  
52062 Aachen

Telefon 0241 · 432 72 15  
Fax 0241 · 499 44

E-Mail:  
spd.fraktion@mail.aachen.de  
Internet:  
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:  
IBAN:  
DE36390500000000199562  
BIC:  
AACSDE33

30.03.15 Az.: Af 3/15

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der örtlichen Presse war zu entnehmen, dass der Verwaltung bereits in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts Unterlagen (Bericht des Architekten Schumachers) vorlagen, aus denen sich die jetzt zu Kostensteigerungen führende marode Substanz des damals s.g. Straßenbahndepots in der Talbotstraße ergab.

Ich bitte in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind die Presseberichte zutreffend?
2. Wenn ja: Wurden die Erkenntnisse aus diesen Unterlagen bei der ursprünglichen Kostenberechnung/Kostenschätzung beachtet?
  - a) Wenn nein: Warum nicht?
  - b) Wenn ja: Wieso kommt es dennoch zu der Kostensteigerung?

Mit freundlichen Grüßen

  
Norbert Plum  
Ratsherr



## Stellungnahme der Verwaltung zur Ratsanfrage der PIRATEN-Fraktion vom 20.03.2015 zur Kindertagespflege

Frage 1: Welche Modelle sind der Verwaltung bekannt?

Der Stadtverwaltung Aachen sind zwei Modelle für eine Vertretungsregelung in Kindertagespflege bekannt:

- Stützpunktmodell in Form von Großtagespflegestellen: Zwei Tagespflegepersonen richten in angemieteten Räumen eine Großtagespflegestelle ein, in der Ausfälle einer bestimmten Anzahl von Tagespflegepersonen im Umkreis aufgefangen werden können. Im Vertretungsfall können dort bis zu neun Kinder betreut werden. Ist keine Vertretung erforderlich, besuchen diese Stützpunkt-Tagespflegepersonen die Tagespflegepersonen vor Ort, um diese, die Kinder und deren Eltern kennen zu lernen. Außerdem finden Aktionen in den Räumen der Großtagespflegestelle statt, um den Kindern die Umgebung vertraut zu machen.
- Freihaltepauschale: Bis zu fünf Tagespflegepersonen, die räumlich nah beieinander wohnen, belegen nur 4 ihrer 5 Plätze für Kindertagespflege. Fällt eine Tagespflegeperson aus, werden deren vier Kinder auf die anderen Tagespflegepersonen verteilt. Für den freigehaltenen 5. Platz erhalten die Tagespflegepersonen von der Kommune eine monatliche Pauschale.

Frage 2: Wann ist mit einer Vorlage für eine neue Vertretungsregelung zu rechnen?

Derzeit läuft eine Abstimmung mit dem Verein für Familiäre Tagesbetreuung hinsichtlich konkreter Umsetzungsmöglichkeiten, Anzahl möglicher Plätze und entstehender Kosten. Auf Grundlage dessen wird in eine Vorlage erstellt, anvisiert ist der 23.06.2015.

**Stellungnahme zur Ratsanfrage SPD vom 30.03.15, Az.: Af 3/15 betr.****Baumaßnahme „Umbau ehem. Straßenbahn-Depot Talstraße zum Stadtteilzentrum“**

## Vorbemerkung:

1. Die Anfrage bezieht sich auf Vorgänge aus den 70er und 80er Jahren. Gemäß Aktenordnung (2010) der Stadt Aachen gibt es für Verwaltungsvorgänge – je nach Priorität, Wirksamkeit und Rechtsbindung – unterschiedliche rechtlich zwingende Aufbewahrungsfristen (z.B. 2, 5, 10, 30 Jahre oder dauerhaft).  
  
35 Jahre alte Planungsansätze, die nie weiterverfolgt wurden – noch dazu solche, die bereits nach der frühen Phase der Vorplanung eingestellt wurden (wie hier der Fall) – sind aus Platz- und Kostengründen nicht dauerhaft aufzubewahren.
2. Mit Bekanntwerden des Bauvorhabens und dem Baubeschluss nahm der ehemalige Architekt Herr Karl Schuhmacher Kontakt mit E26 und beharrte vehement darauf, Akteneinsicht in „sein“ ehemaliges Bauvorhaben und „seine“ Planungen zu nehmen. Mit intensiver Beharrlichkeit machte Herr Schumacher darauf aufmerksam, dass die Weiterarbeit an dem Bauvorhaben zu seinen Lasten ginge und er ja weiter beauftragt werden müsse bzw. die Stadt eine Verpflichtung habe, seine Planungen angemessen zu berücksichtigen.  
Trotz mehrfachen Kontaktes ist es E26 - auch schriftlich - nicht gelungen, diese persönliche Haltung zu ändern.

**Zu 1: Sind die Presseberichte zutreffend?**

Seit Mitte der 1970-er Jahre wurde verstärkt darüber nachgedacht, wie die Halle des ehem. Depots weiter genutzt werden kann. Dies führte nach unseren Recherchen dazu, dass der Architekt Karl Schuhmacher von der Stadt 1979 beauftragt wurde eine „Vorplanung“ zu erstellen. Diese sah vor, verschiedene Nutzungen aus dem Bereich Sport und Freizeit dort unterzubringen. Sicherlich konnte Herr Schuhmacher in dieser Zeit Einblick in die Bausubstanz erlangen und sich ein erstes oberflächliches Bild machen.

Ob in dieser Phase zum damaligen Zeitpunkt bereits eingehende statische Untersuchungen beauftragt wurden oder eine Bausubstanzanalyse vorlag, ist nicht belegt. Ein Ergebnis ist jedenfalls nicht (mehr) archiviert, auf das man zum Vergleich des Schadensfortschrittes zurückgreifen könnte.

Aufgrund der damaligen Kostenhöhe von bereits rund 7,5 Mio. DM (!) wurde 1980 von diesem Nutzungsansatz und weiteren Planungen dazu Abstand genommen. Der Architekt wurde nicht weiter beauftragt.

Nach Recherche in den wenigen noch vorhandenen Aktenfragmenten hatte die städtische Finanzverwaltung bereits 1979 durch die Investitionskontrolle vorgeschlagen, die Halle abzureißen. Nach intensiven politischen Diskussionen wurde entschieden, dass die Halle erhalten bleibt. Der Abbruch der Halle wurde nicht mehr weiterverfolgt.



Bereits zum damaligen Zeitpunkt stand fest, dass die Bausubstanz nicht die beste war; allerdings wurde die Möglichkeit einer erfolgreichen und wirtschaftlichen Sanierung nicht ausgeschlossen (offensichtlich auch von Herrn Schumacher nicht).

Die Presseberichte sind insofern zustimmend, als dass jede Aachenerin und jeder Aachener, der das Depot von innen gesehen hat wusste, dass es sanierungsbedürftig und die Bausubstanz stellenweise sehr schlecht war.

Dies war zu keinem Zeitpunkt strittig, und ist auch nicht den beteiligten Fachleuten entgangen.

**Zu 2: wenn „Ja“: Wurden die Erkenntnisse aus diesen Unterlagen bei der ursprünglichen Kostenberechnung/ Kostenschätzung beachtet?**

**a) Wenn „Nein“: Warum nicht?**

In den nur fragmentarisch noch vorhandenen Unterlagen gibt es von verschiedenen Beteiligten oberflächliche Aussagen über die Bausubstanz der Halle.

Der schlechte Zustand der Halle ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass erst 1983 mit dem Beschluss zur Nutzung als Wagenhalle für die Karnevalsvereine und vor dem Einzug der Karnevalswagen die Außenhülle „wetterfest“ hergerichtet wurde, d.h. die notwendigen Reparaturarbeiten an „Dach und Fach“ vorgenommen wurden.

Auch wenn eine Art „Untersuchungsbericht“ zur Bausubstanz aus dem Jahre 1979 vorgelegen hätte (was nicht der Fall ist), wäre dieser Bericht nach 36 Jahren aus baufachlicher Sicht wenig aussagefähig und nicht als Grundlage für weitere Planungen geeignet.

Keinesfalls hätte sich E26 in seiner Funktion als Bauherrenvertreter nur darauf verlassen!

Die Schäden waren sicherlich so fortgeschritten, wie diese bei Beginn des Bauvorhabens jedem sichtbar waren.

Die eigentliche Problematik ist allerdings aus baufachlicher Sicht eher das Maß derjenigen Schäden, die substantiell, d.h. in der Kernsubstanz der Konstruktion und nicht bereits oberflächlich sichtbar waren; das darüberhinausgehende Maß der Sanierungsbedürftigkeit musste mit einer neuen, aktuellen professionellen Begutachtung und einer statischen Bestandsaufnahme hinterlegt werden.

Genau dies wurde von Anfang an berücksichtigt und extern beauftragt mit dem Ziel ein daraus abgeleitetes Sanierungskonzept als Grundlage für das weitere Vorgehen zu erhalten.

Die Richtigkeit dieser Herangehensweise steht aus baufachlicher Sicht auch weiterhin außer Zweifel; allerdings hatten Breite und Tiefe der Untersuchungen offensichtlich nicht das notwendige Maß.

Dies ist insofern ungewöhnlich, als dass oft während der Untersuchung Erkenntnisse reifen oder sichtbar werden, die dazu führen, verstärkt in die Prüfungen einzusteigen. Dies war hier nicht der Fall.